



Nr. 18

17. Mai 2023

Friedrichstraße 169  
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur  
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70  
Telefax 030.40 81-55 99  
presse@dbb.de  
www.dbb.de

## Inhalt

Gemeinsamer Aufruf für einen guten Ganzttag

[Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung: Qualität muss gesichert werden](#)

Förderprogramme

[Europa: Kommunen sollen Zusammenarbeit verbessern](#)

Bis 31. Mai

[Sozialwahl 2023: Noch ist Zeit zum Abstimmen](#)

Internationaler Tag der Familie

[Klitzing: Familien müssen entlastet werden](#)

IDAHOBIT - Internationaler Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transfeindlichkeit

[„Öffentlicher Dienst muss Ort der Akzeptanz und Wertschätzung von Vielfalt sein“](#)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Nordrhein-Westfalen

[Deutschlandticket: Chance für attraktiveren öffentlichen Dienst vertan](#)

Sachsen-Anhalt

[Anhebung der großen Wegstreckenentschädigung ab Mai](#)

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)

[Keine Symbolpolitik bei europäischer Zollreform](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

[Wendt: „Unmittelbarer Zwang ist keine rechtswidrige Polizeigewalt“](#)

dbb Bildungsgewerkschaften

[IGLU-Studie zeigt ungenügende Lesefähigkeiten an Grundschulen](#)

## [Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

## Gemeinsamer Aufruf für einen guten Ganzttag Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung: Qualität muss gesichert werden

**Ab dem Jahr 2026 gilt der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter. Ein breites Bündnis fordert nun Maßnahmen zur Qualitätssicherung.**

„Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung birgt große Potenziale für die Bildungsgerechtigkeit, Chancengleichheit, Geschlechtergleichstellung und die Steigerung der Erwerbstätigkeit insbesondere für Frauen“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 15. Mai 2023. „Doch – gerade mit Blick auf die Kommunen – sehen wir auch die Gefahren: Das Problem des eklatanten Fachkräftemangels in Bildungs- und Erziehungsberufen ist weiterhin ungelöst und es fehlen immer noch Konzepte für die bestehenden oder zu bauenden Räumlichkeiten. Eine qualitativ hochwertige Umsetzung des Ganztagsangebots rückt so in weite Ferne. Die Versäumnisse der Politik müssen damit einmal mehr von Beschäftigten, Eltern und vor allem den Kindern abgebadet werden.“

Neben Maßnahmen zur Qualitätssicherung fordert das Bündnis bei der Umsetzung des Rechtsanspruchs, die vorhandenen Fachleute

kontinuierlich einzubeziehen. Dazu heißt es im Aufruf des Bündnisses, zu dessen Erstunterzeichnern der dbb gehört: „Wir fordern von Bund, Ländern und Kommunen den kontinuierlichen Dialog mit der Praxis und die Einbeziehung der Expertise der Fach-, Wohlfahrts- und Interessensverbände bei der Entwicklung eines wirkungsvollen Qualitätsrahmens.“ Für dbb Chef Ulrich Silberbach ist der von einem so breiten Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen getragene Aufruf ein „klarer Handlungsauftrag an die Politik, damit die Umsetzung des Rechtsanspruchs sowohl den pädagogischen Ansprüchen gerecht wird als auch einen echten Beitrag zu sozialer und regionaler Chancengerechtigkeit leisten kann.“

Den vollständigen Aufruf können Sie hier nachlesen: <https://www.dbb.de/artikel/rechtsanspruch-auf-ganztagsbetreuung-qualitaet-muss-gesichert-werden.html>

## Förderprogramme

### Europa: Kommunen sollen Zusammenarbeit verbessern

**Um Förderprogramme der Europäischen Union besser nutzen zu können, fordert dbb Vize Andreas Hemsing eine stärkere Zusammenarbeit von Kreisen, Städten und Gemeinden.**

Derzeit gebe es in Europa zahlreiche Förderprogramme und finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten, die Kommunen bei der Bewältigung ihrer Herausforderungen helfen sollen. „Leider bleiben diese Chancen oft ungenutzt, da viele Kommunen nicht über die erforderlichen Ressourcen oder das Fachwissen verfügen, um geeignete Projektanträge zu stellen und die erforderlichen administrativen Aufgaben zu erledigen“, erklärte Hemsing, der auch Bundesvorsitzender der komba gewerkschaft ist, am 23. Mai 2023. „Eine verstärkte Zusammenarbeit kann helfen, die vorhandenen Ressourcen zu bündeln und die Expertise verschiedener Gemeinden zu teilen.“ So könnten die Chancen auf Fördermittel erheblich verbessert werden. Dabei gehe es von der Modernisierung der Infrastruktur bis zur Förderung von Bildung, Kultur und Umweltschutz um unterschiedlichste Themenfelder.

Hemsing stellte zugleich heraus, dass eine stärkere Zusammenarbeit keinesfalls den Grundsatz der kommunalen Selbstverwaltung gefährden dürfe: „Es ist von entscheidender Bedeutung, dass politische Entscheidungen weiterhin auf lokaler Ebene getroffen werden.“ Die einzelnen Gemeinden müssten ihre Autonomie bewahren und die Verantwortung für die Entwicklung und Umsetzung von Projekten in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereichen behalten.

In einigen europäischen Regionen gebe es bereits positive Beispiele für eine erfolgreiche interkommunale Zusammenarbeit, erklärte der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende: „Gemeinden haben sich zusammengeschlossen, um gemeinsame Infrastrukturprojekte zu realisieren, den Tourismussektor zu fördern oder die Energiewende voranzutreiben. Diese Pro-

jekte zeigen, dass eine koordinierte und kooperative Herangehensweise den Kommunen zugutekommt und positive Ergebnisse erzielen kann.“

Mehr Nachrichten zum Thema Europa gibt es auf <https://www.dbb.de/politik-positionen/europa.html>.

Bis 31. Mai

## **Sozialwahl 2023: Noch ist Zeit zum Abstimmen**

**Die Sozialwahl soll den Versicherten die Mitbestimmung über die Arbeit der Sozialversicherungsträger ermöglichen – Kernthema des dbb ist eine sichere Rente.**

Noch bis zum 31. Mai 2023 können die Versicherten ihre Stimme per Briefwahl abgeben. Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach, der auch als Spitzenkandidat bei der Deutschen Rentenversicherung (DRV) Bund antritt, ruft zur Teilnahme auf: „Nutzen Sie die Möglichkeiten zur demokratischen Teilhabe.“

Mit Blick auf die Altersversorgung betonte der dbb Chef am 15. Mai 2023: „Rentnerinnen und Rentner müssen auch in Zukunft von ihrer Rente gut leben können. Um das zu ermöglichen, darf die Regelaltersgrenze nicht weiter angehoben werden. Der dbb setzt sich für einen gleitenden und flexiblen Übergang aus dem Erwerbsleben ein. Zudem sind die Beiträge generationengerecht zu erheben. Die Absenkung des Rentenniveaus muss gestoppt werden. Moderat steigende Beiträge können kein Tabu sein, wenn die Leistungen der Rente stimmen.“

Für die Kandidatinnen und Kandidaten des dbb spricht, so Silberbach, ihr großes Know How

und die berufliche Bandbreite: „Die Kandidatinnen und Kandidaten des dbb sind Fachleute im Sozialversicherungsrecht und kommen aus den unterschiedlichsten Bereichen: Sie arbeiten bei der Justiz, Straßenbaubehörden oder Krankenkassen, sind aktiv im Berufsleben oder bereits Rentenbeziehende. Durch ihre Verschiedenheit können sie die Interessen der Wählenden aus unterschiedlichsten Perspektiven optimal vertreten. Diese Diversität zeichnet den dbb aus“, so Silberbach.

### **Hintergrund:**

Die Sozialwahl findet alle sechs Jahre statt. Bis zum 31. Mai 2023 können Wahlberechtigte die Selbstverwaltungsorgane der gesetzlichen Krankenkassen, der gesetzlichen Rentenversicherungsträger und der gesetzlichen Unfallversicherungsträger wählen. Die Sozialwahl soll den Versicherten und Arbeitgebern die Mitbestimmung über die Arbeit der Sozialversicherungsträger ermöglichen.

Internationaler Tag der Familie

## **Klitzing: Familien müssen entlastet werden**

**„In Zeiten des demografischen Wandels muss für Familien mehr getan werden“, fordert der Vorsitzende der dbb bundessenorenvertretung Horst Günther Klitzing.**

Die Verbesserung der Arbeits- und Lebensumstände, Fortschritte in der Medizin und gesunde Ernährung haben in den letzten Jahrzehnten zu einer höheren Lebenserwartung geführt. Gleichzeitig gingen, vor allem in den hochentwickelten Industrienationen, die Geburtenraten zurück. „Auf immer mehr Alte kommen immer weniger Junge. Das stellt nicht nur Alterssicherungs- und Gesundheitssysteme in der Solidargemeinschaft vor große Herausforderungen, sondern auch ihre kleinste Zelle: die Familie“, sagte Klitzing aus Anlass des Internationalen Tages der Familie am 15. Mai 2023.

Sei das Umsorgen der Jüngsten wie der Ältesten früher eine auf viele Schultern verteilte Gemeinschaftsaufgabe in der Großfamilie gewesen, so sei das in den heutigen Familienstrukturen kaum noch möglich und erfordere vom Einzelnen enorme Anstrengungen. „Es bedarf sowohl der finanziellen als auch der tatsächlichen Unterstützung bei der Sorgearbeit für Hilfe- und Pflegebedürftige – gleich welchen Alters“, so der Chef der dbb bundessenoren. Vielfach seien die Sorge füreinander und die Pflege vor allem der älteren Familienmitglieder

kaum noch oder gar nicht mehr mit beruflichen Verpflichtungen oder der örtlichen Distanz der Wohnorte vereinbar.

„Die dbb bundessenorenvertretung fordert daher Entlastungen für Familien. Da wo Angehörige nicht pflegen können, müssen Pflegeplätze beziehungsweise ambulante Dienste vorhanden sein. Den Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz, auch wenn dieser bislang nicht immer durchgesetzt werden kann, gibt es bereits und das erzeugt Handlungsdruck. Eines solchen Anspruches bedarf es auch in der Pflege. Wir machen uns stark für die Förderung neuer Wohnformen wie etwa Quartierlösungen, in denen Sorgegemeinschaften zusammenfinden“, so Klitzing.

Hintergrund:

Im Jahr 1993 beschloss die Generalversammlung der Vereinten Nationen, dass an jedem 15. Mai der Internationale Tag der Familie begangen werden soll, der das Bewusstsein für Familienthemen fördern und das Wissen über die sozialen, wirtschaftlichen und demografischen Prozesse, die Familien betreffen, erweitern soll. Das diesjährige Motto - Demographische Entwicklung und Familie - soll das Bewusstsein für die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Familienstrukturen schärfen.

## **IDAHOBIT - Internationaler Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transfeindlichkeit „Öffentlicher Dienst muss Ort der Akzeptanz und Wertschätzung von Vielfalt sein“**

**Mehr Akzeptanz und Wertschätzung für Vielfalt fordert die dbb jugend anlässlich des IDAHOBIT – auch und vor allem im öffentlichen Dienst.**

Am internationalen Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transfeindlichkeit (IDAHOBIT) plädiert die dbb jugend für Offenheit, Toleranz und Akzeptanz – vor allem im öffentlichen Dienst.

„Etwa acht Prozent der Menschen sind homo- oder bisexuell, intergeschlechtlich oder transidentitär. Wir dürfen diese Menschen nicht ausschließen, sondern auch sie müssen sich in der Beschäftigtenstruktur des öffentlichen Dienstes repräsentiert sehen“, forderte dbb jugend Chef Matthäus Fandrejewski am 17. Mai 2023 in Berlin. Hierfür müssten die geeigneten Voraussetzungen geschaffen und exkludierende Strukturen und Verfahren identifiziert und abgebaut werden. „Der öffentliche Dienst muss ein Ort der Akzeptanz und Wertschätzung von Vielfalt sein.“

„Homo-, bi-, inter- und transfeindlichen Äußerungen haben im öffentlichen Dienst keinen Platz und müssen hart sanktioniert werden“, ergänzte dbb jugend Vize Toni Nickel. Gleichzeitig sollte verstärkt daran gearbeitet werden,

„den öffentlichen Dienst zu einem guten Arbeitsplatz für ALLE zu machen“. Die dbb jugend setze sich daher unter anderem für anonymisierte Bewerbungsverfahren, gezielte Personalentwicklungskonzepte, ein organisationspezifisches Diversity-Management, gezieltes Recruiting und Informationskampagnen ein.

Florian Klink, Sprecher der AG Diversity der dbb jugend, unterstrich, wie positiv sich die Akzeptanz in den letzten Jahren entwickelt habe: „Der IDAHOBIT zeigt, wie weit wir als Gesellschaft schon gekommen sind. Aber es gibt noch viel zu tun. Immer noch werden Menschen weltweit wegen ihrer sexuellen Orientierung benachteiligt, angefeindet und verfolgt. Auch in Deutschland fehlt es an breiter gesellschaftlicher Akzeptanz. Es liegt an uns, hier klar Kante zu zeigen. Egal ob hetero-, bi-, homosexuell oder trans\* - gegenseitigen Respekt verdienen wir alle!“

---

## **Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften**

Nordrhein-Westfalen

### **Deutschlandticket: Chance für attraktiveren öffentlichen Dienst vertan**

**Nachdem die ersten Tage seit der Einführung des Deutschlandtickets vergangen sind, bedauert der DBB NRW, dass die Potenziale dieses nachhaltigen Angebotes zur Verkehrswende nicht umfänglich ausgeschöpft werden.**

Der DBB NRW hatte bereits im Vorfeld der Einführung des Deutschlandtickets gefordert, auch den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes - wie auch in anderen Bundesländern und in der Privatwirtschaft - die Möglichkeit zum ermäßigten Erwerb des Deutschlandtickets einzuräumen. Hierbei gilt: Arbeitgebende können ihren Beschäftigten das Deutschlandticket als Jobticket bereitstellen. Wenn sie dabei einen Zuschuss von mindestens 25 Prozent auf den Ausgabepreis des Tickets leisten, können bis zum 31. Dezember 2024 zusätzlich fünf Prozent Übergangsabschlag beziehungsweise Rabatt auf den Ausgabepreis gewährt werden. 34,30 Euro könnte das Monatsabo auf diesem Weg kosten - wenn der Arbeitgebenden mitzieht.

Dieses Modell lehnt die Landesregierung in NRW für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst aber ab. Für den DBB Landesbund ist diese Haltung unverständlich. Nicht nur bleibe ein Instrument zur dringend notwendigen Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes ungenutzt, sondern es werde auch vereitelt, den öffentlich Beschäftigten in NRW mit einer alternativen Kostenbeteiligung am Deutschlandticket einen klimaschonenden Umstieg vom Auto auf den ÖPNV schmackhaft zu machen. Der 1. Vorsitzende des DBB NRW Roland Stauder sah darin am 12. Mai 2023 eine Chance vertan: „Gerade jetzt hätte die Landesregierung ein deutliches Signal als moderner und nachhaltiger Arbeitgeber setzen können.“

Sachsen-Anhalt

### **Anhebung der großen Wegstreckenentschädigung ab Mai**

**Mit der Achten Verordnung zur Änderung der Reise-, Umzugskosten- und Trennungsgeldverordnung vom 14. April 2023 wurde die große Wegstreckenentschädigung von 0,35 Cent auf 0,38 Cent angehoben. Die Regelung trat am 1. Mai 2023 in Kraft.**

Damit wurde eine Forderung des dbb sachsen-anhalt umgesetzt. „Durch die hohen Energiepreise sind auch die Kosten für Sprit deutlich angestiegen. Vor allem die Kolleginnen und Kollegen, die im Dienst und im Auftrag des Landes Sachsen-Anhalt mit ihren privaten Fahrzeugen unterwegs sind und in der Regel weder auf Dienstfahrzeuge noch auf öffentliche Verkehrsmittel zurückgreifen können, sind von

den hohen Spritpreisen betroffen. Wir sind froh, dass das Land Sachsen-Anhalt nun eine gute Lösung gefunden hat, um die Beschäftigten finanziell zu entlasten. Bedauerlich ist hingegen, dass die kleine Wegstreckenentschädigung bei 0,20 Cent geblieben ist und damit das Land hier zu Lasten der Beschäftigten spart“, sagte Ulrich Stock, Landesvorsitzender des dbb sachsen-anhalt, am 15. Mai 2023.

---

## Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ) Keine Symbolpolitik bei europäischer Zollreform

**Die EU-Kommission hat eine umfassende Zollreform in Europa angekündigt. Teil des Pakets soll die Abschaffung der Freigrenze von 150 Euro Warenwert sein, bis zu der Sendungen bislang ohne Zoll-Gebühren in die EU gelangen konnten.**

Der BDZ Bundesvorsitzende Thomas Liebel sieht diese Änderung kritisch: „Die Freigrenze abzuschaffen läuft auf Symbolpolitik hinaus, weil die Höhe der erhofften Zollabgaben in keinem Verhältnis zum Aufwand steht. Hier trifft Bürokratie auf die Realität. Die millionenfache Prüfung neuer Zollanmeldungen für Kleinstbeträge lässt sich mit der Generierung von Mehreinnahmen jedenfalls nicht rechtfertigen.“

Im Gegensatz zur Einfuhrumsatzsteuer, die der Zoll als durchlaufenden Posten für die Steuerverwaltungen vergleichsweise einfacher abwickeln kann, würde die Erhebung von Einfuhrzöllen die komplette zollrechtliche Behandlung jeder noch so kleinen Warensendung erforderlich machen, so Liebel am 16. Mai 2023. Das umfasse die Zollanmeldung, die Überprüfung dieser Meldungen und gegebenenfalls die Warenbeschau. Dabei ließe die Qualität der von Unternehmen gemeldeten Daten durchaus zu wünschen übrig. Die Wirtschaft sei mit der Komplexität von Parametern wie Tarifnummern oder Codierungen, die in den Zollanmeldungen enthalten sein müssen, in der Praxis oft überfordert. Die entstehende Bürokratie trafe Unternehmen und Zollbeamte/-innen am Ende gleichermaßen. Zudem gebe es aus Sicht der

Zollgewerkschaft wenig konkrete Anhaltspunkte für ein systematisches Ausnutzen der 150 Euro-Grenze durch das künstliche Aufteilen von Sendungen (Unterfakturierung). Die EU-Kommission hatte unter anderem das Schließen angeblicher Schlupflöcher als Begründung für die Maßnahme angeführt.

Angekündigt wurde auch die Errichtung einer EU-Zollagentur, die bis zum Jahr 2028 die eigenständigen Zollsysteme der Mitgliedstaaten durch ein zentralisiertes System mit einem sogenannten Datendrehkreuz ersetzen soll. Das Vorhaben für eine neue Behörde wird unter anderem mit der Reduzierung von Verwaltungsaufwand und besserem Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten begründet. Die Pläne bewertet Liebel skeptisch: „Niemand ist gegen Verbesserungen beim Datenaustausch oder bei IT-Systemen. Das bemängeln wir beispielsweise im Bereich des E-Commerce oder bei der Überwachung von sanktionierten Produkten schon länger. Aber das Personal, das man offenbar zum Aufbau einer neuen EU-Behörde heranziehen will, wäre für die Kontrolle der Warenströme in den Mitgliedstaaten deutlich besser aufgehoben.“

## Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) Wendt: „Unmittelbarer Zwang ist keine rechtswidrige Polizeigewalt“

**Die DPoIG will die Inhalte des Forschungsprojekts von Wissenschaftlern der Goethe-Universität Frankfurt am Main „Körperverletzung im Amt durch Polizeibeamte und Polizeibeamtinnen (KVi-APol)“ kritisch unter die Lupe nehmen und auswerten.**

Die in diesem Zusammenhang erhobene Forderung nach Einrichtung einer besonderen Ermittlungsbehörde, die parallel zur Staatsanwaltschaft gegen die Polizei ermitteln soll, weist die Gewerkschaft aber schon jetzt als „Paralleljustiz“ zurück.

Der DPoIG Bundesvorsitzende Rainer Wendt sagte dazu am 16. Mai 2023: „Deutschland hat flächendeckend unabhängige Ermittlungsbehörden, das sind unsere Staatsanwaltschaften. Sie ermitteln auch bei Vorwürfen gegen Polizeibeschäftigte ausschließlich nach Recht und

Gesetz und sind von politischen Erwartungshaltungen völlig unabhängig.“

Das Gegenteil davon seien „Polizeibeauftragte“, die von der Politik ausgesucht werden, um parallel zur Justiz zu ermitteln, Akteneinsicht zu nehmen und Vernehmungen durchzuführen. Diese Beauftragten seien von der Politik abhängig und würden zwangsläufig zu politisch erwünschten Ergebnissen kommen, so Wendt. Eine solche politische Paralleljustiz gegen eine einzelne Berufsgruppen sei vermutlich sogar verfassungswidrig.

dbb Bildungsgewerkschaften

## **IGLU-Studie zeigt ungenügende Lesefähigkeiten an Grundschulen**

**Die aktuelle Studie IGLU (Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung) zeigt, dass die Lesekompetenz der Viertklässler im Vergleich zu den vorhergehenden Erhebungen deutlich abgenommen hat.**

Der Deutsche Philologenverband (DPhV) warnt vor gravierenden Konsequenzen. Die Bundesvorsitzende Lin-Klitzing sagte am 16. Mai 2023: „Wir müssen hier durchgängig konsequenter fördern, fordern und strenger werden. Die mangelnde Lesefähigkeit gefährdet letztlich nicht nur die gesellschaftliche Teilhabe zahlreicher Menschen, sondern auch den ganzen Wirtschaftsstandort Deutschland.“ Das Problem der mangelhaften Lesefähigkeit sei schon seit Jahren bekannt, werde aber nur halbherzig angegangen. „Lesefähigkeit ist ein Grundpfeiler der Kommunikation. Die Politik muss jetzt endlich in allen Bundesländern konsequent und effektiv handeln. Für die durchgängige Sprachbildung begrüßt der DPhV daher insbesondere die vorschulische Förderung, wie sie beispielsweise in Hamburg oder auch in Hessen praktiziert wird: Diese besteht aus verbindlichen Sprachstandserhebungen deutlich vor Schulbeginn und einer daran anschließenden verbindlichen Sprachförderung für die betroffenen Kinder, ebenfalls vor dem Schulbeginn.“ Zudem müsse bereits in den ersten Klassen an den Grundschulen das Leistungsprinzip umgesetzt werden.

Der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) Gerhard Brand sagte, bei den aktuellen Debatten um die IGLU-Ergebnisse werde „außer Acht gelassen, wie langsam sich der Betrieb nach der Coronapandemie erholt und wie schwerwiegend die Störung war. Was wir jetzt wirklich brauchen, ist Zeit und die Möglichkeit, Struktur zu schaffen und zu geben. Stattdessen werden weiter

immer mehr Aufgaben an Schule gegeben, so dass die effektive Lernzeit immer geringer wird.“ Brand wies außerdem darauf hin, dass es in den letzten Jahren eine große Herausforderung war, im laufenden Schuljahr geflüchtete Kinder in die Lerngruppen zu integrieren: „Es ist essenziell für die Integration der Geflüchteten, sich die deutsche Sprache anzueignen. Lesen und Schreiben zu können sind Schlüssel für das weitere Leben hier. Es ist aber unbestritten, dass es schlicht länger dauert, neu ankommenden Kindern aus anderen Sprachräumen die deutsche Sprache näherzubringen als jenen, die schon hier aufgewachsen sind.“

Auch für Jürgen Böhm, Bundesvorsitzender des Verbandes Deutscher Realschullehrer (VDR), ist klar: „Die Ergebnisse sind ernüchternd.“ Dabei sei Lesen die Grundlage für weitere Kompetenzen, die Schülerinnen und Schüler während ihrer Schulzeit erreichen müssten. „Wenn diese grundlegenden Fähigkeiten nicht mehr erworben werden, dann werden sich diese Kinder schwertun, in der Welt von morgen zu bestehen. Dazu gehört auch die rasante Entwicklung im digitalen Bereich“, betont Böhm. Dabei gehe es nicht nur allein ums Lesen. Textverständnis und Sprachvermögen bildeten die Grundlagen, um Sachverhalte kritisch betrachten zu können, Zusammenhänge zu verstehen und neue Perspektiven und Sichtweisen zu entwickeln. Kreativität und Vorstellungskraft könnten sich ohne Lesekompetenz nur schwer entfalten. Insgesamt sei eine gesellschaftliche Teilhabe ohne sprachliche Fertigkeiten nur schwer möglich.

---

## ***Namen und Nachrichten***

Am 16. Mai 2023 haben sich der **dbb** und der BDLs für die Sicherheitskräfte an Flughäfen auf Verbesserungen bei den Zeitzuschlägen und Zulagen für Führungskräfte geeinigt. Das Verhandlungsergebnis sieht bundesweit zum 1. Juni 2023 den Wegfall der Anrechnung der Nachtarbeitszuschläge vor. Zudem wird der Nachtzuschlag zum 1. Juli 2023 auf 20 Prozent und zum 1. Januar 2025 auf 25 Prozent des Stundenentgelts angehoben. Der Nachtarbeitszeitraum wird zum 1. Januar 2024 von 22.00 Uhr auf 21.00 Uhr und zum 1. Januar 2025 auf 20.00 Uhr (bis 06.00 Uhr des nächsten Tages) erweitert. Der Sonntagszuschlag wird zum 1. Juni 2023 auf 50 Prozent angehoben. Der Ostersonntag und der Pfingstsonntag werden ab dem 17. Mai 2023 als zuschlagspflichtige Feiertage anerkannt. Damit wird der zum 17. Mai 2023 auf 125 Prozent erhöhte Feiertagszuschlag auch schon in diesem Jahr für beide Feiertage gezahlt. Bei den Führungskräftezulagen wurde bei den Tarifverhandlungen ebenfalls eine Einigung erzielt. Damit erhalten zertifizierte Aufsichtspersonale von EG I bis III (Ebene 1) ab dem 1. Juli 2023 eine Zulage von 1,75 Euro je Stunde. Terminalmanager (Ebene 2) erhalten zukünftig eine Zulage in Höhe von 2,50 Euro und Betriebsleiter (Ebene 3) eine

Zulage in Höhe von 3,50 Euro je Stunde. Zudem bekommen Zertifizierte Auszubildende eine Zulage von 2,50 Euro. Für bestehende bessere Zulagenregelungen in einzelnen Flughäfen gelten Besitzstandsregelungen. Weitere Informationen gibt es auf [dbb.de](https://www.dbb.de).

Nach der Explosion in einem Mehrfamilienhaus in Ratingen zeigt sich der 1. Vorsitzende des **DBB NRW** Roland Staude am 11. Mai 2023 tief betroffen über die hohe Zahl verletzter Sicherheitskräfte, die im Verlauf eines routinemäßigen Hilfseinsatzes in eine Brandkatastrophe gerieten: „Wir sind wütend über den feigen Anschlag auf Menschen, die anderen Menschen helfen wollten. Unsere Gedanken sind bei den beteiligten Sicherheitskräften und vor allem bei den lebensgefährlich und schwer verletzten Polizei- und Feuerwehrangehörigen, denen wir eine schnelle und gute Genesung wünschen.“ Der DBB NRW macht bereits seit längerem auf die wachsende Aggressivität und Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft gegenüber Hilfs- und Sicherheitskräften bei Rettungsdiensten, Polizei und Feuerwehr, zunehmend aber auch gegenüber Lehrkräften und Verwaltungsbediensteten, aufmerksam.

### **Termine:**

14. Juni 2023

#### **17. Frauenpolitische Fachtagung**

Weitere Informationen unter [dbb-frauen.de](https://www.dbb-frauen.de).

18.- 19. September 2023

#### **14. Forum Personalvertretungsrecht**

Weitere Informationen folgen.

16.- 17. Oktober 2023

#### **3. Bundesseniorenkongress**

Weitere Informationen unter [dbb-senioren.de](https://www.dbb-senioren.de).

---